Amtliche Bekanntmachung

über das Wirksamwerden der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Seehausen (Altmark)

Hier: Bekanntmachung der Genehmigung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 5
Baugesetzbuch (BauGB)

Der Verbandsgemeinderat Seehausen (Altmark) hat in seiner Sitzung am 05.10.2021 den Feststellungsbeschluss zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Seehausen (Altmark) beschlossen. Die Begründung und der Umweltbericht zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes wurden gebilligt.

Die höhere Verwaltungsbehörde, der Landkreis Stendal, hat mit Bescheid vom 30.05.2022; Az. 63/520/2019-03171 die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Seehausen genehmigt.

Die Erteilung der Genehmigung der 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Seehausen wird hiermit gemäß § 6 Abs. 5 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Die Flächennutzungsplanänderung, die Begründung mit Umweltbericht sowie eine zusammenfassende Erklärung über Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Flächennutzungsplan berücksichtigt wurden, werden zu jedermanns Einsicht in der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark), Bau- und Ordnungsamt, Große Brüderstraße 1, Zimmer 2.02 Schwibbogen, während der Dienststunden (Dienstag von 08.00-12.00 Uhr und 13.00-18.00 Uhr, Donnerstag von 08.00-12.00 Uhr und 13.00-15.30 Uhr, Freitag von 08.00-12.00 Uhr) bereitgehalten.

Weiterhin kann die Flächennutzungsplanänderung mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung im Internet, auf der Homepage der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) unter <https://www.seehausen-altmark.de/content-pages/verwaltung-wirtschaft/buergerservice/bauleitplanung/flaechennutzungsplan/> eingesehen werden.

Die beiliegende Planzeichnung ist Bestandteil dieser Bekanntmachung.

Die Flächennutzungsplanänderung wird gemäß § 6 Abs. 5 BauGB mit dieser Bekanntmachung wirksam.

Hinweise:

Auf die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird wie folgt hingewiesen:

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,